

# Aufbruch im Königreich

## Die islamische Minderheit im Süden von Thailand

von Roland Platz

Der bisherige Höhepunkt einer Serie der Gewalt im Süden Thailands ist der 28. April 2004. Beim Angriff von etwa 200 meist jugendlicher Muslime auf elf Polizeiposten in drei verschiedenen Provinzen wurden mindestens 112 Menschen getötet. 107 von ihnen gehörten zu den Rebellen. Alleine 32 der Opfer starben in einer Moschee in Patani, in der sie sich nach den Überfällen verschanzten. Die Moschee wurde nach einem mehrstündigen Feuergefecht von Sicherheitskräften gestürmt. Auch Granaten kamen dabei zum Einsatz. Eine große Anzahl der Kämpfer hielt nur Macheten in den Händen. »Wir sterben für Allah« sollen sie gerufen haben.

Die meisten der betroffenen Polizeistationen waren bereits vorgewarnt. Alleine in der Provinz Yala kamen bei der Abwehr der Angriffe und der anschließenden Verfolgung 70 Menschen ums Leben. Unbeirrt spricht Premierminister Thaksin, wie auch der Armeechef Chaisit, übrigens ein Cousin Thaksins, von Banditen und Drogenabhängigen. Man habe die Lage im Griff, die Armee sei bestens vorbereitet. Laut Thaksin gibt es weder Religionsprobleme noch ein Separatismusproblem. Nicht so der stellvertretende Premier und Exgeneral Chavalit, der wütend den verantwortlichen General für das Moscheemassaker nach Bangkok beorderte. Er wollte durch Verhandlungen ein Ende der Kämpfe um die Moschee erreichen. Auch Verteidigungsminister Chettha nennt das Kind beim Namen. Seiner Ansicht nach gibt es bereits tausende muslimische Kämpfer, die bestens ausgerüstet sind und wahrscheinlich Hilfe aus dem Ausland erhalten.

### Eskalation durch Racheakte befürchtet

Abdul Rosue Aree, stellvertretender Vorsitzender des islamischen Komitees der Provinz Narathiwat be-

Der Autor ist Ethnologe und freier Autor, mit Spezialgebiet Thailand und Südostasien.

fürchtet eine weitere Eskalation durch Racheakte. Auch Somboon Bonloun, ehemaliger Dozent der Songkhla Universität von Patani beklagt die staatliche Lösung der nackten Gewalt, die weitere Gewalt vorprogrammiert. Der jahrhundertealten Moschee Krue Se in Patani kommt eine besondere religiöse Bedeutung zu. Die zahlreichen Toten an einem heiligen Ort sind vielleicht genau das, was die Besetzer bezwecken wollten: ein weiteres Anheizen der Konflikte.

Diese reichen weit zurück, doch in den letzten Monaten erfuhren sie eine neue Intensität. Am Abend des 26. März explodierte in Sungai Kolok in Südthailand vor einer Karaoke Bar eine ferngesteuerte Bombe. 29 Menschen, darunter zehn malaysische Touristen, wurden verletzt. Aus diesem Anlass hat Premierminister Thaksin seinen Europabesuch verschoben, der ihn auch nach Deutschland führen sollte. Seit dem 4. Januar diesen Jahres häufen sich die Attentate. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Militärcamp in der Provinz Narathiwat überfallen, bei dem über 400 Schnellfeuerwaffen erbeutet wurden und vier Soldaten den Tod fanden. Stunden zuvor wurden 20 staatliche Schulen abgebrannt und drei Polizeiposten überfallen. Später kamen noch weitere Überfälle hinzu. Thaksin sprach damals bereits von Banditen, denen er das Handwerk zu legen gedenke. Seit Januar gilt in den drei südlichsten Provinzen des Königreiches das

Kriegsrecht. Helikopter patrollieren über den unwegsamen Bergketten an der Grenze zu Malaysia. Dreitausend Soldaten sollen im Rahmen der Operation »Friedlicher Süden« den Terror beenden.

Offizielle Stellen sprechen bei den Tätern deshalb gerne von Banditen, weil sie fürchten, Touristen zu verlieren, die Thailand dringend braucht. Man will nicht mit dem internationalen Terror in Verbindung gebracht werden. Doch General Kittit, ein Sicherheitsberater Thaksins und ehemaliger aktiver Offizier gegen muslimische Rebellen in den 1970er Jahren ist davon überzeugt, dass es sich nicht um einfache Kriminelle handelt. Der ehemalige Kommandeur der im Süden stationierten Vierten Armee verdächtigt die 1985 gegründete *Barisan Bersatu Mujahidin Patani* (Vereinigte Front der Patani Kämpfer, BBMP), für die Taten verantwortlich zu sein. Sie sollen in Verbindung mit den Terroristen der malaysischen *Kampulan Mujahidin Malaysia* stehen, die ihrerseits Kontakte zu der berühmt berüchtigten indonesischen *Jemaah Islamiyah* haben soll. Diese wird für den Bombenanschlag auf Bali vor zwei Jahren verantwortlich gemacht und mit dem Al Qaeda-Netzwerk in Zusammenhang gebracht. Hambali, einer der Drahtzieher des Bali-Attentats wurde übrigens im August letzten Jahres in Bangkok gefasst. Die *Jemaah Islamiyah* wird auch für den Anschlag auf das Mar-

riott Hotel in Jakarta mit zwölf Toten am 5. August 2003 in Verbindung gebracht. Alleine in Malaysia soll die Organisation 200 Mitglieder haben.

Andere offizielle Stellen in Thailand wiederum machen die *Gerakan Mujahidin Islam Patani*, eine neue Splittergruppe, für die Anschlagsserie verantwortlich, der ebenfalls Verbindungen zu *Jemaah Islamiyah* und Al Qaeda nachgesagt werden. Vieles spricht dafür, dass es sich um eine konzertierte Aktion verschiedener Gruppen handelt.

Zachary Abuza, Politikprofessor vom Simmons College in Boston und mit dem militanten Islam in Südostasien befasst, ist davon überzeugt, dass sich Mitglieder der *Jemaah Islamiyah* in Südthailand befinden. Südthailand gehöre in ihren Vorstellungen *Jemaah Islamiyah* zu den Gebieten, die

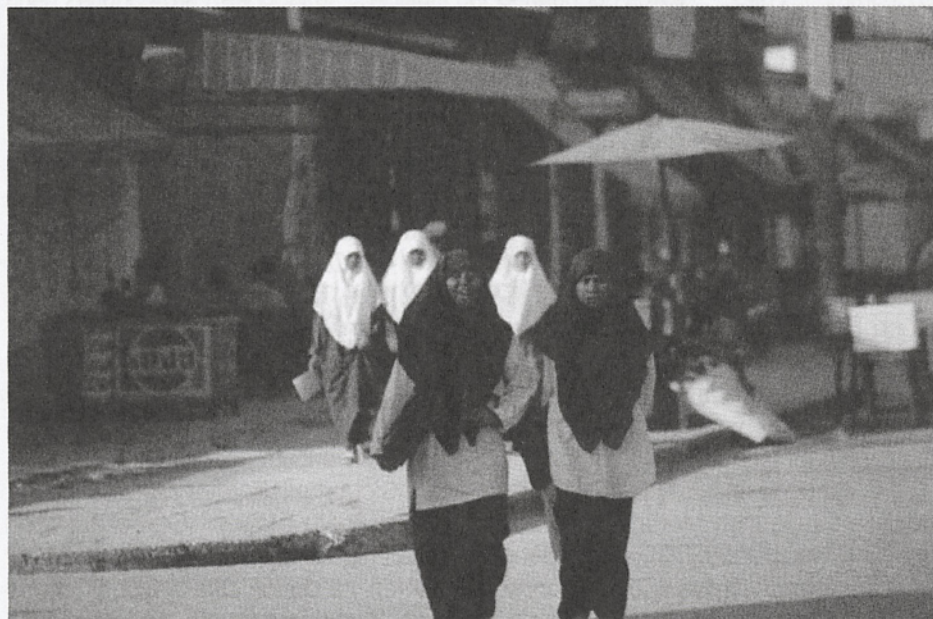
grundkämpfer zu geben, die einen eigenen Staat im Süden Thailands fordern. Ein Teil von ihnen sind ehemalige Afghanistan-Kämpfer, die nach ihrer Rückkehr nach Südostasien lokale Kampfverbände aufgebaut haben. Wie stark die mehrheitlich muslimische Bevölkerung Thailands die Separatisten unterstützt, ist schwer zu beurteilen. Terror und Gewalt dürfte die Mehrheit ablehnen, das Misstrauen gegen den Thai-Staat hat jedoch eine lange Tradition.

In den ländlichen Regionen des Südens glaubt man, nicht mehr in Thailand zu sein. Die buddhistischen Tempel werden durch Moscheen ergänzt, die meisten Frauen tragen ein Kopftuch. In den drei Unruheprovinzen Yala, Narathiwat und Patani sind drei Viertel der Bevölkerung Muslime, insgesamt um die drei

das damalige Siam von Bangkok aus seine zentralstaatliche Kontrolle auch auf den Süden ausweitete.

Nahezu 90 Prozent der Bevölkerung Thailands bekennt sich zum Buddhismus, der traditionell in enger Beziehung zum Königshaus als Bewahrer des buddhistischen Glaubens steht. Ein zentrales Anliegen der Regierung in Bangkok war es stets, Sprache und Kultur der Thais auch im Süden zu verbreiten. Radio- und Fernsehstationen oder staatliche Schulen propagieren die Werte der Bangkokener Zentrale.

Unter diversen Militärdiktatoren, die Thailand regierten, so zum Beispiel unter Feldmarschall Phibun in den 40er und 50er Jahren des letzten Jahrhunderts, wurde die malaiische Sprache und selbst die traditionelle Kleidung verboten und die islamischen Schulen geschlossen. Das Curriculum an den staatlichen Schulen hatte sich von nun an ausnahmslos am Schulsystem der Thai-Buddhisten zu orientieren. Entsprechend erreichte der bewaffnete Widerstand seinen Höhepunkt. Ende der 1940er Jahre gab es tausende Tote in der malaiischen Bevölkerung Südthailands. Nach diversen Vorläufern erfolgte 1968 die Gründung der *Patani United Liberation Front* (PULO), die auch heute noch die größte Rolle spielt. Der Bombenanschlag auf den Bahnhof in Had Yai, einer der größten Städte im Süden, im April 2001 dürfte auf ihr Konto gehen. Seit 1995 gibt es die *New PULO*, eine Abspaltung der PULO und weitere Gruppen wie die erwähnte *Bersatu Barisan Mujahidin Patani* (BBMP).



Muslimische Minderheit in Südthailand

aus: R. Loose, Thailand. Richtig Reisen, Köln: DuMont, 1996, S. 253

zukünftig einen islamischen Staat in Südostasien zusammen mit Malaysia, Indonesien und den Südphilippinen bilden sollen. Rohan Gunaratna, Mitarbeiter am *Institute of Defense and Strategic Studies* in Singapur ist überzeugt, dass ein größerer Anschlag bevorsteht, wenn eine Widerstandsgruppe so viele Waffen erbeutet wie im Januar dieses Jahres. Noch ist vieles Spekulation. Tatsache ist aber, dass die Regierung nicht länger leugnen kann, ein Problem zu haben.

## Misstrauen gegen Thai-Staat hat Tradition

Noch vor ein, zwei Jahren schien es nicht mehr als 200 Unter-

Millionen Menschen. Von diesen sind die überwiegende Mehrheit ethnische Malaien, die ihre eigene Sprache sprechen, ein kleinerer Teil sind ethnische Thais. Einen nicht unerheblichen Anteil an der Bevölkerung stellen Muslime auch in den Provinzen Satun und Songhla, doch sprechen dort die meisten Thai.

Die schon seit Jahrhunderten durch den Islam geprägte Region an der Südspitze Thailands gehörte bis zum 16. Jahrhundert zu den nördlichen Bundestaaten des heutigen Malaysia, Kedah, Kelantan und Trengganu. Sie war Teil des im 15. Jahrhundert gegründeten Sultanat Patani. Der Widerstand gegen die Thai-Machthaber intensivierte sich besonders im 20. Jahrhundert, als

## Islamisches Familienrecht eingeführt

Der Staat hat seit den 1980er Jahren, in der Epoche wieder zunehmender politischer Liberalisierung versucht, deeskalierend zu wirken und viele Infrastrukturprojekte initiiert. Es wurde sogar ein islamisches Familienrecht eingeführt. Wohl auch deshalb sind Bombenanschläge und Überfälle zunächst zurück gegangen.

Anfang der 1990er Jahre gewährte die thailändische Regierung ein Rehabilitationsprogramm, das die noch aktiven Kämpfer zur Aufgabe bringen wollte. Tatsächlich nahmen 900 Mitglieder verschiedener Gruppierungen

das Angebot an. Nach relativer Ruhe gingen *PULO* und *New PULO* seit 1997 unter dem Stichwort *Bersatu* (Solidarität) eine taktische Allianz ein. Allein im Zeitraum zwischen August 1997 und Januar 1998 fanden 33 Anschläge mit neun Toten und Dutzenden von Verletzten statt. Im Jahre 2002 kamen zwölf Polizisten im Süden Thailands um. Für diese Morde werden hauptsächlich die *Gerakan Mujahidin Islam Patani* verantwortlich gemacht.

Anschlagsziele der Rebellen sind bevorzugt Repräsentanten des thailändischen Staates, aber auch Busse und Züge werden überfallen. Staatliche Schulen werden seit Jahren immer wieder niedergebrannt, weil sie als Symbole des Thai-Systems gelten.

Die meisten bewaffneten Gruppen wollen einen eigenständigen islamischen Staat zur Wahrung der islamisch-malaiischen Identität. Die *PULO* vertritt dabei eher einen säkularen Nationalismus. Geldmittel für die Untergrundbewegungen fließen vor allem aus Libyen und anderen arabischen Staaten wie Saudi-Arabien. Aus diesem Grund sind die Muslime Südthailands zunehmend vom fundamentalistischen Wahabismus, aus Saudi Arabien importiert, geprägt, während bis auf Ausnahmen der Islam Südostasiens eher moderate Züge trägt. Eine islamisch-fundamentalistische Lebensweise ist schlecht in Zusammenhang zu bringen mit dem hedonistischen Lebensstil der Thai-Buddhisten. So wird man als Besucher des muslimischen Südens in den meisten Restaurants keinen Alkohol finden, während er in der übrigen Thai-Gesellschaft die Droge Nummer eins ist.

Nicht immer ist bei Anschlägen ein politischer Hintergrund gegeben. Es gibt sehr wohl auch Banden, die, ohne politisch motiviert zu sein, am Drogen und Waffenschmuggel beteiligt sind. Auch Querverbindungen zwischen Banditen und politischen Gruppierungen sind nicht selten.

So wird gemunkelt, dass Gelder aus dem Drogengeschäft wieder für Waffenkäufe verwendet werden. Auch scheint es Verbindungen zur Befreiungsbewegung von Aceh auf Sumatra zu geben, die mit Waffen versorgt werden. Die an Malaysia grenzenden Gebiete waren schon immer ein Rückzugsgebiet für Schmuggler und Banditen, weil es auf Grund der dschungelbewachsenen Berge schlecht zu kontrollieren ist.

aus: FEER v. 27.6.2002, S. 58



Wohnhäuser an einer islamischen Schule in Thailand

Unterschlupf und Unterstützung fanden die Kämpfer bis 1998 in Malaysia. Insbesondere die im Bundesstaat Kelantan in Malaysia regierende *Panmalaysische Islamische Partei* (PAS) wird verdächtigt, die Separatisten in Südthailand zu unterstützen. Erst nachdem die Thais drohten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Malaysia aufzukündigen, kooperierte der damalige malaysische Präsident Mahathir mit den Thai-Behörden. Es gab damals, so wie auch heute wieder, grenzüberschreitende gemeinsame thai-malaysische Aktionen. So konnte Haji Sama-ae Thanam, militärischer Führer der *PULO*, 1998 in Malaysia verhaftet werden.

Die Vertreter des Staates im Süden Thailands, also Lehrer, Soldaten, Polizisten, Verwaltungsbeamte waren und sind auch heute noch fast ausnahmslos Thai-Buddhisten. Deshalb gelten sie in den Augen vieler Muslime als eine Art von Kolonisatoren. Die malaiisch-muslimische Bevölkerung lebt auch heute noch bevorzugt auf dem Land als Fischer, Bauern oder Kautschukpflanzler, während die urbane Bevölkerung Südthailands bereits zu einem Großteil aus ethnischen Thais und Chinesen besteht. Die Moslems auf dem Lande sind ökonomisch klar benachteiligt. Laut *National Economic and Social Development Board* (NESDB), einer thailändischen Wirtschaftsbehörde, lebten im Jahre 2001 fast die Hälfte der Einwohner der Provinz Narathiwat unterhalb der Armutsgrenze, die bei etwa 20 Euro pro Kopf im Monat liegt. Viele Familien schicken deshalb ihre

Söhne zur Ausbildung in islamische Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien oder Malaysia, die Stipendien gewähren. Das provoziert den Vorwurf staatlicher Stellen, dort würde ihnen auch eine terroristische Ausbildung zu Teil. Nicht wenige junge Männer gehen auch als Arbeitsmigranten in die Golfstaaten.

Armut und ein Gefühl von Diskriminierung sind also Auslöser für die verbreitete Ablehnung des Thai-Staates. Hinzu kommen kulturell-religiöse Missverständnisse. So wandten sich muslimische Führer im Süden gegen die vom Staat gewährten Dorfkredite, weil die von Kreditnehmern zu zahlenden Zinsen unislamisch seien. Vor kurzem wurde in Thailand die Untergrundlotterie für legal erklärt und die Steuereinnahmen, die man auf die Gewinne erhebt, werden unter anderem für soziale Projekte verwendet. Auch dagegen gibt es starke muslimische Ressentiments.

## Militär gebärdet sich wie Besatzungsmacht

Zwischen der islamischen Bevölkerung und staatlichen Stellen, so wieder Samboon Bonloung von der Songkhla Universität in Patani, herrscht ein tiefes Misstrauen. Dieses Misstrauen erfährt einen neuen Aufschwung, denn die Polizei- und Militärverbände gebärden sich wie Besatzungstruppen. So wurden einem 28-jährigen Behinderten unter Folter falsche Geständnisse erpresst. Ein anderer junger Muslim, wie Maska Haji Abdullah,

Leiter der Burana Tohnor Ponoh Schule in Narathiwat berichtete, wurde verhaftet und zwei Tage verschleppt und gefoltert. Manor Yusuh, ein Bewohner aus Taling Soong in der Provinz Narathiwat erklärte der *Bangkok Post*, dass sein Sohn vor seinen Augen auf dem Markt von Zivilisten verschleppt wurde und bisher nicht mehr auftauchte. Auch die andere



aus: FEER v. 10.7.2003, S. 13

**Das Militär behält die muslimische Bevölkerung im Auge.**

Seite schlägt erbarmungslos zu. Ein Gemeinderatsmitglied aus Kayor Mati wurde entführt und getötet. Der einzige Fehler des geschätzten Lokalpolitikers war, dass er früher dem im Süden stationierten vierten Bataillon der thailändischen Armee angehörte. Selbst buddhistische Mönche in der Provinz Yala sind vom Motorrad aus mit Macheten angegriffen worden, drei der Mönche starben. Auch einfache Zivilangestellte der Eisenbahn oder der Forstbehörde sind Opfer von Angriffen mit Schusswaffen oder Macheten geworden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Opfer Muslime oder Buddhisten sind. Eine Zusammenarbeit mit den Behörden soll durch Terror verhindert werden. Seit Januar gibt es um die 180 Tote. All diese Zwischenfälle erzeugen ein Klima der Angst. Die Überfälle auf buddhistische Mönche könnten zudem das Ziel haben, die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Buddhisten und Muslime zu vergiften. Zum Glück ist es bisher nicht gelungen.

Die Pondok genannten privaten islamischen Schulen sind wieder zunehmend in den Blickpunkt der

Behörden geraten. Dort vermutet man die Rädelsführer der aktuellen Anschläge. Es gibt über 500 privat geführte islamische Schulen, von denen nur 300 auch ein thailändisches Curriculum anbieten. Zahlreiche Durchsuchungen von islamischen Schulen, in denen man Verdächtige und Waffen vermutet, sind von den Sicherheitskräften vorgenommen worden. Das rüde Auftreten der Polizisten und Soldaten hat die Stimmung weiter aufgeheizt. Im März wurde immerhin vereinbart, dass bei Durchsuchungen Angehörige der islamischen Komitees der jeweiligen Provinz anwesend sein müssen. Oft wird jedoch diese Vereinbarung nicht eingehalten. Die meisten Imame haben sich politisch nicht betätigt, sind aber generell verdächtig und immer wieder werden welche von der Polizei vorgeladen.

Wenn jetzt der Staat nicht sensitiv auf die muslimische Bevölkerung reagiert, steht zu befürchten, dass die Separatisten tatsächlich stärkeren Zulauf bekommen. Dabei ist der Islam im Süden Thailands nie bekämpft worden, denn die Thai-Buddhisten hatten kein Interesse an Missionierung, sondern nur an politischer Kontrolle. Wenn sich die Verbindungen zu *Jemaah Islamiyah* und damit auch Al Quaeda bewahrheiten, dann geht es bei den neu gegründeten Gruppierungen weniger um die Rettung einer islamischen Identität oder gar einen eigenen Staat, sondern schlicht um Terror, der tatsächlich auch Touristen treffen könnte, und der sich nicht auf den Süden des Landes beschränkt. Davor hat Thaksin zu recht große Angst. So verspricht er auch eine neue Wirtschaftsinitiative, bewilligt sind 300 Millionen US-Dollar, für den Süden und die Bekämpfung staatlicher Korruption, die ein ständiges Übel ist. Verteidigungsminister Thammarak und Innenminister Wan Muhammad Nor Matta, der übrigens selbst ein Muslim aus dem Süden ist, wurden abgelöst.

### **Die Regierung sollte sich auf ihre rechtsstaatlichen Grundsätze besinnen**

Der Drahtzieher des Überfalls auf das Militärlager im Januar soll übrigens der Parlamentsabgeordnete Najmuddin Uma sein, welcher der glei-

chen Partei wie Thaksin angehört. Kritische Stimmen bezweifeln den Wahrheitsgehalt dieser Anschuldigung, die vielleicht von einem im März verhafteten Hauptverdächtigen erpresst worden sein könnte. Wer immer hinter der Eskalation im Süden Thailands steckt, die Regierung tut gut daran, sich auf ihre rechtsstaatlichen Grundsätze zu besinnen. Ansonsten steht die belastete Loyalität der Muslime im Süden zur Disposition. Das Problem der Regierung mit der malaiischen Minderheit ist nur zu lösen, wenn man die Herzen der Menschen gewinnt und deshalb äußerst behutsam mit der muslimischen Bevölkerung umgeht und ihnen ein genügendes Maß an kultureller Autonomie auch zugesteht. Gleichzeitig muss die Armut bekämpft und das Bildungsangebot verbessert werden, um dem Gefühl der Minderwertigkeit entgegenzusteuern. Noch besteht in Südthailand eine islamische Parallelwelt zum säkularen Rest des Landes, die zunehmend explosiver und von besonders radikalen Kräften instrumentalisiert wird.

Der Friedensplan des stellvertretenden Premiers Chaturon Chaisaeng könnte ein erster Schritt sein: Er sieht eine Rücknahme des Kriegsrechts für bestimmte Gebiete vor, akzeptiert die thai-malaysische doppelte Staatsbürgerschaft, die einige Malaien Südthailands inne haben. Mehr Muslime aus dem Süden sollen Eingang in den Staatsdienst finden, und das Geld für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung soll endlich fließen. Auch Chaiwat Satha-anant, Bürgerrechtler und Professor der Thammasat Universität in Bangkok spricht sich für den Plan aus. Ansonsten drohe die weitere Eskalation der Gewalt. Die richtige Lösung fordern auch die Vorsitzenden des islamischen Komitees wie zum Beispiel Abdullersak Aree aus Narathiwat, ansonsten gerate die Situation außer Kontrolle. Nebenbei bemerkt: Auf der Website der *PULO* ist schon die Warnung an alle ausländischen Touristen zu finden, die Südprovinzen Thailands zu meiden. Darunter fallen auch die Hochburgen des Tourismus Phuket und Krabi.